

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 743/73

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Elly S [REDACTED] geb. S [REDACTED],
M [REDACTED], T [REDACTED]straße [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

Land B e r l i n ,
vertreten durch den Senator für Inneres,
Berlin 30, Potsdamer Str. 186,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 19. September 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Menkel, Dr. Tzann und Portmann beschlossen;

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 17. Zivilsenats des Kammergerichts vom 3. Juli 1973 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Der Berufungsrichter hat einen Anspruch der Klägerin auf Berufschadensrente verneint, weil die Frist zur Ausübung des Wahlrechts (Art. III Nr. 4 Abs. 2, Nr. 1 Abs. 1 BEG-Schluss) versäumt sei.

Diese Entscheidung ist richtig. Sie stimmt mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs überein und wirft keine entscheidungsbedürftige Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung auf.

Der Anspruch der Klägerin auf Entschädigung des Schadens im unselbständigen Beruf der Produktionssekretärin bei der UFA (§§ 64, 87 ff BEG) wurde 1961 auf ihren Vorschlag durch Vergleich geregelt. Der Beklagte zahlte zur Abgeltung

- 3 -

des Anspruchs einschließlich des Anspruchs auf Rente 40.000 DM Kapitalentschädigung. Im Dezember 1965 meldete die Klägerin mit einem Formularschreiben unter anderem auch diesen Anspruch erneut an. In dem Schreiben heißt es dazu:

"Soweit der Berufsschaden durch Vergleich reguliert wurde, fechte ich hiermit diesen Vergleich an.

Ergibt sich aufgrund der Neuberechnung gemäß II 11 a) und e) dieser Anmeldung, daß keine ausreichende Lebensgrundlage vorliegt, so wird hiermit für den Berufsschadensanspruch aufgrund Verdrängung aus selbständiger Erwerbstätigkeit die Rentenwahl erklärt."

Im November 1970 bat die Klägerin um Bearbeitung des Anspruchs auf Rente für Berufsschaden mit dem Hinweis, durch die wirksame Globalanmeldung sei der Vergleich angefochten und die Rentenwahl erklärt worden.

Die Entschädigungsbehörde hat die Rente abgelehnt und weitere 3.257 DM Kapitalentschädigung für Gesundheitsschaden festgesetzt; der Betrag ergibt sich aus einer Verkürzung des Zeitraums, in dem die Entschädigungen für Gesundheits- und für Berufsschaden bisher zusammentrafen.

Der Berufungsrichter entnimmt die Voraussetzungen für die erneute Rentenwahl den Vorschriften des Art. III Nr. 4 Abs. 2 BEG-Schluss (vgl. BGH RZW 1971, 351 Nr. 12). Er verneint dessen fristgerechte Ausübung bis 30. September 1966, weil das Formularschreiben keine Wahlerklärung enthalte.



Die Einwände der Beschwerde hiergegen sind unbegründet.

Beansprucht der Berechtigte nach Art. III Nr. 4 Abs. 2 BEG-SchlussG anstelle der zuerkannten Kapitalentschädigung die bisher nicht gewählte Rente, dann muß er das wie auch sonst bei der Ersetzung der Kapitalentschädigung durch die Rente unmißverständlich zum Ausdruck bringen. Das ist hier nicht geschehen. Inerörtert kann bleiben, ob die Erklärung in einem Formular genügt, mit dem der Berechtigte aufgrund des BEG-Schlussgesetzes unterschiedslos alle Ansprüche erneut angemeldet hat ohne Rücksicht darauf, ob sie für ihn überhaupt in Betracht kommen. Denn die Klägerin hat erklärt: Für den Berufsschadenanspruch aufgrund selbständiger Tätigkeit werde die Rentenwahl erklärt, wenn sich aufgrund der Neuberechnung ergebe, daß keine ausreichende Lebensgrundlage vorliege. Das trifft auf sie nicht zu; sie wurde in unselbständiger Erwerbstätigkeit geschädigt. Aufgrund der Änderung in Art. I Nr. 44, 47 BEG-SchlussG, §§ 75, 82 BEG kam für sie ein erstmaliges Wahlrecht nicht in Betracht. Ihre Erklärung ist eindeutig. Der Berufsungsrichter hat nicht festgestellt, daß sie den Willen hatte, die Berufsschadenrente zu verlangen. Der Vortrag der Beschwerde, es gebe keinen Anhaltspunkt dafür, daß sie mit der Globalanmeldung etwas anderes gewollt habe als nach Möglichkeit der neuen gesetzlichen Regelung eine Berufsschadenrente zu wählen, steht dazu in Widerspruch. Außerdem verbietet der Unterschied der Voraussetzungen in § 82 und in § 94 BEG für das Wahlrecht, eine in einer Globalanmeldung ohne erkennbaren Bezug auf die besonderen Umstände des Einzelfalles erklärte Wahl nach Art. III Nr. 4 Abs. 1 BEG-SchlussG, § 82 BEG in eine solche nach Art. III Nr. 4 Abs. 2 BEG-SchlussG, § 94 BEG umzudeuten.

Die Klarstellung der Rechtslage durch BGH RZW 1970, 232 hätte nur unter dem Gesichtspunkt einer Wiedereinsetzung in die versäumte Wahlfrist erheblich sein können; die Wiedereinsetzung ist aber hier unzulässig (vgl. BGH RZW 1973, 196 Nr. 31).

Die geleisteten 3.257 DM Kapitalentschädigung entfallen auf den Gesundheitsschaden und sind im Bescheid als wegen Körperschadens einbehaltenen Betrag gekennzeichnet. Diese weitere Kapitalentschädigung für Gesundheitsschaden errechnete sich daraus, daß aufgrund der Änderungen in Art. I BEG-SchlußG der geleistete Höchstbetrag von 40.000 DM früher als nach bisherigem Recht erreicht ist und deshalb für den weggefallenen Überschneidungszeitraum die volle Entschädigung für Gesundheitsschaden zusteht. Außerdem gilt die Wahlfrist zum 30. September 1966 (Art. III Nr. 4 Abs. 2 in Verbindung mit Nr. 1 Abs. 1 BEG-SchlußG) auch dann, wenn der Berufsschaden geregelt war und sich aufgrund der Änderungen in Art. I BEG-SchlußG die früher zuerkannte Kapitalentschädigung erhöht hat (BGH Beschluß vom 19. November 1971 - IX ZR 73/70).

Der Berufungsrichter hat die Erwägungen bestätigt, mit denen die Entschädigungsbehörde die Verweigerung der Abhilfe begründet hat. Ein Grund für die Zulassung der Revision ergibt sich daraus nicht. Auch die Beschwerde zeigt keinen solchen auf.

Offenbleibt, ob die Grundsätze über die Abhilfe (BGH RZW 1972, 341, 344, 346) auch nach Anspruchsregelung durch Vergleich anzuwenden sind. Die Klägerin macht nicht geltend, daß der - auf ihren eigenen Vorschlag zustandegewommene - Vergleich vom 14. November 1961 der Abhilfe

bedürfe. Ihr geht es um die Beseitigung der Rechtsfolgen, die sich aus der Versäumung der Wahlfrist für das erneute Wahlrecht nach Art. III Nr. 4 Abs. 2 in Verbindung mit Nr. 1 Abs. 1 BGG-Schluss ergeben. Insoweit kann Abhilfe nicht verlangt werden. Das Unterlassen der Rentenwahl ist keine Regelung des Anspruchs im Sinne der Grundsätze in BGG RzW 1972, 341 und 344. Außerdem ist Abhilfe nur in den Grenzen des gesetzlich begründeten Anspruchs möglich. Die Zuerkennung der Rente setzt die fristgerechte Ausübung des Wahlrechts voraus. Unterbleibt diese, dann erlischt der Anspruch auf die Berufsschadenrente.

Mai

Henkel